



Enquetekommission II

20. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

12. Mai 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

- 1 „Stärkung zivilgesellschaftlicher und institutioneller Kooperationen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland“** **3**

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

¹ nichtöffentlicher Teil mit den TOPs 2 bis 5 siehe nöEKPr 17/57

1 „Stärkung zivilgesellschaftlicher und institutioneller Kooperationen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland“

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Stefan Engsfeld begrüßt die Anwesenden und gibt einleitend organisatorische Hinweise, insbesondere darauf, dass die Anhörung der Sachverständigen gestreamt wird. Nach dem Ende der Sitzung werde man den Stream nicht mehr abrufen können.

Prof. Alastair Buchan (University of Oxford) trägt auf Englisch vor.

Daniel Tetlow (University of Oxford) trägt auf Englisch vor.

Dr. Kai Sicks (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dezernat Internationales): Ich kann inhaltlich ganz gut an das Statement von Professor Buchan anschließen, weil meine Argumentation auf eine ähnliche Linie hinausläuft. Dabei bin ich vielleicht nicht ganz so optimistisch, dass uns die gegenwärtige Situation ausschließlich Möglichkeiten bietet, denn die Kombination von Brexit und Covid wirft erhebliche Schwierigkeiten nicht zuletzt für das britische Universitätssystem jenseits von Oxford und Cambridge auf, das in erheblicher Weise auf die Mobilität von außereuropäischen Studierenden und deren Studiengebühren angewiesen ist. Die Folgen einer globalen Rezession für die Bereitschaft des Mittelstandes in China, Indien usw., weiterhin in europäischen Ländern sehr hohe Studiengebühren zu bezahlen, sind zu mindestens hinterfragenswert.

Unabhängig davon möchte ich gern auf drei Punkte eingehen, nämlich auf den Studierendenaustausch, auf Forschungskooperation und auf Hochschulkooperationen insgesamt.

Die ersten beiden Punkte kann man zusammenfassen. Sie haben in Ihrem Fragenkatalog insbesondere nach Best-Practice-Beispielen gefragt. Die Zusammenarbeit von deutschen bzw. nordrhein-westfälischen mit britischen Universitäten – sieht man von dem Modell von Professor Buchan ab – findet durchgängig in den etablierten europäischen Rahmenprogrammen Erasmus+ und Horizon Europe statt. Für die Aufrechterhaltung der Wissenschaftskooperationen zwischen beiden Ländern wäre es von elementarer Bedeutung, dass Großbritannien Programmland bei Erasmus+ und Partner bei Horizon Europe, wie es ab 2021 heißen wird, bleibt.

Andernfalls wird alles, was dann kommt, nur in geringstem Maße kompensieren können, was dafür wegfällt. Die Alternative beim Studierendenaustausch ohne Erasmus+ wären bilaterale Kooperationen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass auch nur 10 bis 20 % von dem erhalten bleiben können, was gegenwärtig stattfindet. Außer den stabilen rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen fehlt auch die Finanzierung, um bilaterale Strukturen in diesem Umfang weiter aufrechtzuerhalten. Ich sehe erhebliche Schwierigkeiten auf uns zukommen.

Das neue Horizon-Programm hat nach aktuellen Planungen einen Umfang von 90 Milliarden Euro. Ich glaube nicht, dass es möglich sein wird, bilaterale Programme auch nur annähernd ähnlich auszustatten, damit auf der alltäglichen Ebene noch Wissensaustausch zwischen den ganz großen Leuchttürmen wie Oxford, Cambridge, Berlin, Heidelberg usw. stattfinden kann, von denen auch Professor Buchan gesprochen hat.

Gehen wir einmal von dem unschönen Fall aus, dass beides nicht stattfindet, würde ich es für wahrscheinlicher halten – ich bin gespannt, wie es meine Kollegen und meine Kollegin bewerten –, dass Großbritannien nicht mehr Teil dieser Programme sein wird. Die Alternative läge darin, zu bilateralen Abkommen zu kommen – also zwischen Deutschland bzw. Nordrhein-Westfalen und Großbritannien oder direkt zwischen zwei Universitäten.

In diesem Zusammenhang möchte ich das in der Hochschulkooperation etablierte Modell der strategischen Partnerschaft einbringen. Es gibt sehr viele Partner außerhalb Europas, bei denen die Vielfalt der möglichen Partnerschaften und die Stabilität der rechtlichen, administrativen und finanziellen Rahmenbedingungen nicht gegeben sind. Deshalb haben viele Universitäten in den letzten zehn Jahren einzelne herausgehobene Partner in verschiedenen Ländern identifiziert und nutzen die enge Partnerschaft mit diesen einzelnen Einrichtungen, um Synergien in der Kooperation umzusetzen. Dazu gehört auch das vor drei Jahren gegründete Modell Berlin-Oxford, das seine Analogie in dem Modell München-Cambridge findet. Die Universität Bonn ist ein Jahr später mit dem Modell Bonn-St.-Andrews nachgezogen.

Dabei handelt es sich um eine reale Option, unter der Bedingung, dass die großen Rahmenprogramme nicht mehr existieren, Kooperationen aufrechtzuerhalten, weil in der engen bilateralen Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen Vertrauen und individuelle Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit geschaffen werden können, um Studierendenaustausch und Forschungskooperationen in einem fixierten Rahmen fortzusetzen.

Für den Fall, dass sämtliche Rahmenprogramme wegfallen, wäre mein Rat: Stabilisieren Sie solche individuellen Partnerschaften zwischen nordrhein-westfälischen Universitäten und ausgewählten besonders passgenauen britischen Partnern. Das kann minimal kompensieren, was uns hier ansonsten gerade wegbricht, auch wenn es am Schluss nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein wird.

Prof. Dr. Heinz Sünker (Bergische Universität Wuppertal): Da ich als Mitglied diverser wissenschaftlicher Vereinigungen in unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen in bestimmter Weise in den Kontext der Internationalisierung seit Jahrzehnten eingebunden und vielleicht sogar aufgewachsen bin, interessiert mich natürlich besonders, wie wissenschaftliche Kooperation einen Beitrag zu Prozessen vernünftiger Gestaltung der Europäisierung und der Globalisierung leisten kann.

Deshalb habe ich mit Verweis auf die Stellungnahme von Frau Diehr zu bestimmten Fragen aus dem letzten Jahr nur sehr wenig geschrieben, wenn ich auch denke, dass es strategisch akzentuiert ist. Man muss sich aber darüber im Klaren sein, welche

Bedeutung wissenschaftlichen Kooperationen neben der ökonomischen Dimension durch bestimmte Patente und Ähnliches zukommt.

Vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts können wir diesen Faktor gar nicht hoch genug einschätzen. Deshalb bin ich dankbar, dass die EU in den unterschiedlichen Forschungsprogrammen, in denen wir immer wieder versuchen mitzumischen, Möglichkeiten bietet, so etwas für die gesamte Europäische Union zu entwickeln, weil Wissenschaft bekanntermaßen immer auch politisch ist: Es gibt keine unpolitische Wissenschaft, um das sehr deutlich zu formulieren.

Der entscheidende Problempunkt liegt darin, dass man sich darüber klar sein muss – das wird Herr Sicks als jemand, der im Tagesgeschäft besser verortet ist als ich, bestätigen können –, dass wissenschaftliche Kooperationen in zwei Dimensionen stattfinden; deshalb habe ich mich auch auf die Variablen bezogen. Zunächst geht es um persönliche Beziehungen, aus denen dann zum Teil Strukturen erwachsen, was mein Kollege aus Oxford als local und nicht als Top-down-Ansatz dargestellt hat. Diese Bottom-up-Ansätze haben wissenschaftliche Kooperationen immer schon wesentlich bestimmt. Die Frage ist nun, wie man das in Strukturen gießen kann. Wenn ich es richtig verstehe, geht es darum auch im Einsetzungsantrag und in den bisherigen Diskussionen.

Das ist nicht nur für wissenschaftliche Kooperationen, sondern auch deshalb wichtig, weil mich Jugendaustausch, Städtebeziehungen und Städtepartnerschaften auch vor dem Hintergrund immer schon interessiert haben, dass ich in der Grafschaft Bentheim als Grenzregion aufgewachsen bin. Da tut sich etwas, und im Alltagsleben ereignen sich Prozesse, die anderswo nicht einzuholen sind.

Bevor meine Kollegin Diehr noch praktischer wird, möchte ich noch etwas zur praktischen Ebene sagen. Ich schätze auch, dass wir eher auf einen No-Deal zulaufen. Ich bin relativ häufig in England, wo die Stimmung recht negativ ist. Deshalb müssen wir überlegen, was wir subsidiär einleiten können.

Es gibt ein hervorragendes Middle-East-Programm der Landesregierung, das ich für sehr unterstützenswert und für die drei Regionen bzw. Nationen in diesem Bereich für wichtig halte. Man müsste darüber nachdenken, wie man es in bestimmten Dimensionen auch für Nordrhein-Westfalen und das Vereinigte Königreich neu gestalten könnte.

Ich stimme mit Herrn Sicks überein, dass wir darüber nachdenken müssen, inwiefern wir so etwas – gegebenenfalls an zwei Universitäten beheimatet – wie Graduiertenzentren entwickeln. Deshalb habe ich mich auch auf das bezogen, was wir in Wuppertal versuchen, wo ich seit Beginn einer der Codirektoren des Zentrums für Graduiertenstudien bin, was sich hin zu ausländischen Doctoral Students sehr fruchtbar entwickelt hat.

Das große Problem ist nämlich in der Tat die Attraktivität deutscher Studienstandorte für Englisch sprechende Studierende. Frau Diehr hat in ihrer Stellungnahme bereits auf den erschreckenden Niedergang von modern languages, wie es bei den Kolleginnen und Kollegen in UK heißt, hingewiesen. Die Frage lautet darum, inwieweit man durch entsprechende Initiativen gegensteuern kann.

Insofern geht es zunächst einmal um Subsidiarität für den Fall eines No-Deals, da bislang gerade im Bereich der EU-Forschungsförderung sowie der sonstigen Kooperationsformen sehr viele Gelegenheiten für eine gelingende und gelungene Kooperation geboten worden sind. Vor dem Hintergrund sollte NRW tatsächlich für das einspringen, was bislang geleistet worden ist.

Prof. Dr. Bärbel Diehr (Bergische Universität Wuppertal): Als ich vor einem Jahr mein Gutachten geschrieben habe, habe ich selbst viel über Dinge gelernt, die heute angesprochen worden sind. Ich zeige Ihnen, wie das Bottom-up-System an der Bergischen Universität gut funktioniert. Ich spreche nicht von einem Best-Practice-Beispiel, sondern sage lediglich, dass es good practice ist.

Ich bin Professorin für die Didaktik des Englischen und deshalb in der Lehrerbildung tätig, in der die Bergische Universität gut ausgewiesen ist. Daher lässt sich, was Herr Sicks und Herr Sünker gesagt haben, sicher auf die Lehrerausbildung ausweiten, die wir besonders in den Blick nehmen sollten.

Das Programm PrimA! – Praktikum im Ausland – habe ich 2004 noch in Baden-Württemberg an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg ins Leben gerufen, um Lehramtsstudierende zu einem längeren Praktikum im Ausland zu bringen. Das Programm habe ich 2007 nach Wuppertal gebracht. Seit 2007 sind ungefähr 500 Studierende drei Monate lang in Großbritannien für ein Praktikum in der Schule gewesen. Es sind etwa 50 pro Jahr mit steigender Tendenz, wenn uns nicht gerade die Coronapandemie zum Abbruch gezwungen hätte; in diesem Jahr kann es leider nicht stattfinden.

Die Studierenden ziehen daraus einen großen Nutzen: Am Anfang denken sie immer, nur etwas für die Sprache zu tun. Sie tun aber auch etwas für ihre kulturelle Bildung und für ihr didaktisches Können, weil sie dort in der Schule tätig sind. Wenn sie zurückkommen, sind sie auch persönlich weiterentwickelt.

Das Programm konnte mit zirkulärer Evaluation weiterentwickelt werden. Vor diesem Hintergrund habe ich sechs mobilitätsförderliche Faktoren ausgemacht, von denen ich mir vorstelle, dass sie vielleicht auch für zukünftige institutionelle Kooperationen wichtig sind.

Die erste ist ganz banal die Vorbereitung für einen solchen Aufenthalt, die zwölf Monate umfasst. Es ist ein sehr wichtiger Aufenthalt; im Englischen sprechen wir von life changing events. Wenn junge Menschen ein Semester lang woanders leben und arbeiten, kommen sie als andere zurück; das hat die Universität Jena durch eine sehr eindrucksvolle Studie nachgewiesen.

Zu dieser Vorbereitung gehört ein interkulturelles Training, was ich mit den Studierenden durchführe, um sie auf die sogenannten critical incidents vorzubereiten, also auf Situationen, in denen es kritisch wird, weil man anderer Meinung ist oder über den Brexit oder politische Missverständnisse spricht. Das gehört meiner Meinung nach zu diesem Programm dazu.

Da es sich um junge Leute handelt, bringe ich immer die Rückkehrer mit den Neuen zusammen, weil sie sich andere Dinge erzählen und Tipps geben können als ich. Das ist für unser Programm ein wichtiger mobilitätsförderlicher Faktor, weil es sich

gewissermaßen um die Weitergabe der Informationen von einer Generation zur nächsten handelt. Wenn ich die Gutachten, die Ihnen vorliegen, richtig interpretiere, handelt es sich um ein Problem bei einigen Städtepartnerschaften, dass die Weitergabe von einer Generation an die nächste ins Stocken geraten ist.

Während des Aufenthalts ist eine intensive Begleitung über soziale Medien möglich – das ist der vierte Faktor, der bei uns gut gegriffen hat –, die in den ersten Wochen stark in Anspruch genommen wird, denn selbst Studierende Mitte 20 haben schon einmal Heimweh oder sind mit der Wohnung nicht zufrieden. Das höre ich mir an, und meistens reicht das schon.

Die beiden letzten Punkte bestätigen Herrn Sicks: Meine Statistik zeigt, dass die Zahlen im Programm PrimA! hochgeschwungen sind, nachdem Erasmus+ gegriffen hat, denn am Anfang wurden die Stipendien nur für Aufenthalte an Universitäten und nicht für die Schulpraktika vergeben. Das ist zum Glück geändert worden, sodass auch die Schulpraktikanten unter das Erasmusprogramm fallen.

Der letzte Punkt ist universitätsspezifisch: Die Studierenden erwerben Leistungspunkte, die für sie so gut wie Geld sind.

Es handelt sich also um ein Bottom-up-Programm, das nicht eingebunden war, sondern langsam durch meine Verbundenheit zu Großbritannien aufgrund vieler freundschaftlicher Beziehungen entstanden ist. Inzwischen sind über 30 Schulen und auch Behörden beteiligt. Andere Initiativen und Kooperationen könnten als Punkte vielleicht die finanzielle Absicherung mitnehmen, also Horizon 2020 für die Forschung und Erasmus+ für die Studierenden- und Lehrendenaustausche.

Zudem finde ich personelle Kontinuität sowohl für die Organisation als auch für die Begleitung wichtig: Immer wenn eine Schulleitung wechselte oder in der britischen Bezirksregierung jemand ausfiel, war wieder ganz viel Kommunikation notwendig, man musste wieder erklären. Das funktioniert nicht, wenn man das Mitarbeiter mit auf zwei Jahre befristeten 50-%-Stellen machen lässt.

Für am allerwichtigsten halte ich, dass man ein gemeinsames Ziel braucht: Man muss wissen, warum man das tut. Die Themen, die unserer Universität mit den britischen Schulen verbinden, waren die Fragen, die schon in den Gutachten aufgetaucht sind: Was ist mit Klimaschutz? Was ist mit der Klimaforschung? Die UNESCO hat weltweit dazu aufgerufen, die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern. Das ist an vielen Schulen und in den Curricula schon gut angekommen, aber in vielen Köpfen noch nicht. Man kann mit britischen Universitäten und britischen Lehrerinnen und Lehrern gut zusammenarbeiten.

Gerade in den letzten Wochen zeigt sich, dass auch Demokratieerziehung political education und civic education gemeinsame Themen sind. Dazu könnte man Tagungen und Workshops durchführen, um Partner zu finden, die die Arbeit gemeinsam fortsetzen wollen. Das ist ein bisschen bottom-up, aber ich denke, wir brauchen trotzdem die strukturelle und die finanzielle Unterstützung, gerade für die Studierenden. Das sind Themen für Kommunen, aber auch für Schulen und für Hochschulen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank an alle Sachverständigen, dass Sie Ihr Wissen und Ihre Erfahrungen mit uns geteilt haben. – Es besteht nun die Möglichkeit für die Abgeordneten und die Sachverständigen der Enquetekommission, Nachfragen und Rückfragen zu stellen.

Raphael Tigges (CDU) beginnt zunächst auf Englisch. Sodann setzt er auf Deutsch fort: Herr Dr. Sicks, Sie haben empfohlen, herausgehobene Partnerschaften zu fördern. Wie stellen Sie sich das konkret vor? Das würde die Universitäten bevorzugen, die sowieso schon sehr eng zusammenarbeiten. Unser Ansinnen ist es, allen Universitäten im Land Instrumente an die Hand zu geben, solche Partnerschaften noch stärker zu leben. Wie könnte eine solche Gleichbehandlung Ihrer Meinung nach aussehen? Welche Finanzierungsmöglichkeiten sehen Sie? Die Finanzierung durch Drittmittel kann höchst unterschiedlich ausgestaltet sein.

Ist das Engagement der Hochschulleitungen schon sehr ausgeprägt? Bedarf es anderer Instrumente, Hochschulleitungen für die intensivere Zusammenarbeit zu begeistern, oder hängt das im Wesentlichen nur an den finanziellen Mitteln?

Abschließend noch eine Frage an alle Sachverständigen. Wir fokussieren uns nicht nur auf die Zusammenarbeit von Universitäten, sondern beschäftigen uns auch mit der Frage, wie wir generell zivilgesellschaftlich auf verschiedenen Ebenen zusammenarbeiten können. Welche Erfahrungswerte haben Sie: Hängen solche Kooperationen sehr stark an kommunaler Zusammenarbeit, also der Verbindung einzelner Städte? Müsste man zunächst einmal die Kommunen in die Lage versetzen, Kooperationen zu stärken und besser zu leben, um dann die Zusammenarbeit mit Universitäten und auch anderen Einrichtungen wie Vereinen und anderen Organisationen auszubauen?

Dr. René Repasi (Sachverständiger EK II) trägt auf Englisch vor.

Peter Brock (Sachverständiger EK II) trägt auf Englisch vor.

Frank Müller (SPD) trägt auf Englisch vor.

Dr. Daniel Schade (Sachverständiger EK II) trägt zunächst auf Englisch vor und setzt sodann auf Deutsch fort: Herr Dr. Sicks, Sie haben betont, dass die strategischen Kooperationen besonders wichtig sein können. Können Sie auch Beispiele dafür geben, wie Ihre Universität mit nichteuropäischen Universitäten kooperiert? Welche Finanzierungsmöglichkeiten ergeben sich? Welche Hindernisse ergeben sich aber auch durch den anderen rechtlichen Rahmen?

Herr Dr. Sicks, Herr Professor Dr. Sünker und Frau Professorin Dr. Diehr, aus Ihren Stellungnahmen klingt für mich heraus, dass Sie für asynchrone Austauschmöglichkeiten plädieren, da es auf britischer Seite ein geringeres Interesse an Austauschprogrammen gibt. Es sollte also nicht unbedingt darauf bestanden werden, dass genauso viele britische Studierende und Wissenschaftler nach Deutschland kommen sollen, wie

umgekehrt dorthin gehen. Habe ich Sie richtig verstanden, oder halten Sie das einfach für einen Fakt, den wir akzeptieren müssen?

Dr. Martin Vincentz (AfD): Herr Dr. Sicks und Herr Professor Dr. Sünker, ich möchte gerne zur Chancenperspektive zurückkommen. Wie kann man eine Attraktivierung der nordrhein-westfälischen Standorte erreichen, um vielleicht die verbleibenden EU-Studenten, die vorher zu einem nicht unerheblichen Teil Studienstandorte im Vereinigten Königreich besucht haben, nach Nordrhein-Westfalen zu lenken?

Ulrich Reuter (FDP): Herr Dr. Sicks, wenn ich es richtig sehe, werden strategische Partnerschaften an Ihrer Universität seit sehr vielen Jahren gelebt. Welche Möglichkeiten sehen Sie, strategische Partnerschaften – vielleicht mit Unterstützung des Landes – an anderen Universitäten bzw. zu anderen Universitäten im Vereinigten Königreich aufzubauen?

Sie beziehen sich auch auf die Schweiz. Gibt es vielleicht Möglichkeiten, dieses Modell der Assoziierung vonseiten des Landes in Richtung Vereinigtes Königreich zu forcieren?

Herr Professor Dr. Sünker und Frau Professorin Dr. Diehr, inwieweit wäre Ihr Programm PrimA! auch auf andere Studiengänge, im Idealfall vielleicht sogar auf Schüleraustausche sowie auf den gewerblichen, den handwerklichen bzw. den berufsbildenden Bereich auszuweiten, wobei Letztere gerade für das Industrieland Nordrhein-Westfalen interessant wäre?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Da wir nur begrenzte Kapazitäten für die Videoschalte haben, würde ich entgegen unseren sonstigen Gepflogenheiten zunächst mit Professor Buchan beginnen, an den viele Fragen gerichtet worden sind.

Professor Alastair Buchan (University of Oxford) trägt auf Englisch vor.

Prof. Dr. Bärbel Diehr (Bergische Universität Wuppertal): Ich gehe nicht auf alle Fragen ein, weil ich nur für einige die Expertise mitbringe. – Wie wirken Corona und Brexit zusammen? Der Brexit hat mein Programm nicht in die Knie gezwungen, Corona schon. Beides wird irgendwann überwunden sein, sodass wir weitermachen und die bestehenden Partnerschaften wieder aufgreifen können.

Sie haben auch nach der Rolle der Kommunen bei diesen Initiativen gefragt, für die Wuppertal ein gutes Beispiel ist, denn die schon lange mit Matagalpa in Nicaragua bestehende Partnerschaft haben wir mit einem universitären Projekt verbunden, in dem es um Lehrerbildung ging und interessanterweise wieder um Englisch,, obwohl das ein Kollege der Hispanistik organisiert hatte. 20 Lehramtsstudierende und Forschende aus Nicaragua waren bei Bürgern aus Wuppertal untergebracht, die sich schon lange in diesem Projekt engagieren. Wenn etwas lebendig ist, kann man auch die ansässigen Universitäten und Schulen einbeziehen, was ich sogar für sehr fruchtbar halte.

Zur Übertragbarkeit auf andere Bereiche. In anderen Fächern wie beispielsweise den Wirtschaftswissenschaften und den Ingenieurwissenschaften haben die Studierenden schon viel früher Praktika im Ausland gemacht als in der Lehrerausbildung. Das nordrhein-westfälische Lehrerausbildungsgesetz von 2009 hat den Auslandsaufenthalt für die modernen Fremdsprachen überhaupt erst verpflichtend eingeführt, wofür ich sehr dankbar bin. Bis dahin waren Lehramtsstudierende gar nicht so sehr an der Internationalisierung interessiert, sondern blieben lieber zu Hause. In anderen Fächern waren die Studierenden mobiler. Wir sind also von anderen Fächern mitgezogen worden, überhaupt Praktika zu initiieren.

Ich sehe die Möglichkeit der Übertragbarkeit. Der Deutsche Akademische Austauschdienst hat mich mehrfach eingeladen, über das Programm zu referieren und die mobilitätsförderlichen Faktoren anderen Kolleginnen und Kollegen zugänglich zu machen. Ähnliche Initiativen gibt es an verschiedenen Universitäten. Wir sind in der Lehrerbildung stark, und unser Rektorat hält Internationalisierung für sehr wichtig und fördert sie; deshalb hat das in Wuppertal auch in anderen Fächern gut gegriffen.

(Sodann setzt sie auf Englisch fort.)

Prof. Dr. Heinz Sünker (Bergische Universität Wuppertal) beginnt zunächst auf Englisch und setzt sodann auf Deutsch fort: Die Frage von Herrn Tigges zu den Konsequenzen von Corona lässt sich aus einer praktischen Perspektive sogar noch spannender diskutieren, weshalb ich für die Frage sehr dankbar bin. Ich bin ein Kritiker der Digitalisierung, vor allen Dingen der kapitalistischen Formbestimmtheit der Digitalisierung, um das deutlich zu sagen. Wie kann man Digitalisierung für Universitäten, für Menschen und nicht nur für bestimmte Profitbildungsprozesse nutzen?

Anders als ich, der nur noch marginal lehrt und im Wesentlichen forscht sowie die Internationalisierung betreibt, machen die Kolleginnen und Kollegen die Erfahrung, dass Studenten bis zu einem bestimmten Punkt interessiert sind. Offensichtlich gelingt es, durch Online-Teaching bestimmte Prozesse voranzutreiben. Die Frage ist aber, wie man kooperativ zwischen britischen und deutschen Studenten vermitteln kann. Das gemeinsame Zusammentreffen und Verarbeiten von Erfahrungen ist dafür entscheidend.

Das ist auch die Vermittlungsebene zu den zivilgesellschaftlichen Partnern. Das verbindet sich mit dem Interesse, was Herr Dr. Schade angesprochen hat: Wann kann ich mit der Interessenbildung beginnen? – Ich komme aus dem internationalen Jugendaustausch. Spannend ist, dass Jungen und Mädchen erfahren, was es bedeutet, mit anderen Jungen und Mädchen im Rahmen von Städtepartnerschaften oder durch Vereine etwas miteinander zu machen, das zu etablieren und zu institutionalisieren. Wenn wir davon mehr auch auf der englischen Insel hätten, würden auch mehr Menschen sagen: Ich gehe nach Frankreich, ich gehe nach Deutschland, ich gehe nach Spanien, um an europäischem Leben teilzuhaben, und zwar nicht nur im Urlaub, was wir immer wieder erleben.

Herr Dr. Vincentz, Sie fragten danach, wie man die Perspektiven nordrhein-westfälische Universitäten entwickeln kann, weil eine ganze Menge ausländischer

Studierender aus bestimmten Gründen nicht mehr nach England geht. Die nordrhein-westfälischen Universitäten müssen sich überlegen, wie sie in einer gemeinsamen Anstrengung international attraktive Studiengänge entwickeln. Das kostet aber Geld, sodass das vorfinanziert werden muss. Ich weiß zum Beispiel, dass die Hans-Böckler-Stiftung für die Universität Kassel seinerzeit Hunderttausende Mark ausgegeben hat, um internationale Studiengänge in der Politikwissenschaft zu entwickeln.

Die Schwierigkeit besteht darin, dass man bestimmte Studiengänge nur anbieten darf, wenn man dafür kein Geld nimmt. Ich bin der Meinung, dass Bildung frei sein muss, sodass man über die Finanzierung nachdenken muss. Dabei geht es um die Frage, wer welche Interessen hat. Das englische Interesse ist zu weiten Teilen an technologischem Transfer ausgerichtet. Im Zusammenhang mit wissenschaftlicher Kooperation gerade mit dem Akzent auf der zivilgesellschaftlichen Stärkung müssen wir natürlich im Kontext von Sozialwissenschaften und Geisteswissenschaften argumentieren.

Die Vorbereitung auf die heutige Sitzung hat mich dazu gezwungen, zum Beispiel sogar darüber nachzudenken, welchen Vorteil es hat, englische Kolleginnen und Kollegen in internationalen Forschungsprojekten zu haben, welcher Status dem Englischen als Lingua franca zukommt und was es bedeutet, wenn das plötzlich wegfällt.

Ich habe schon geschrieben, dass es der größte Fehler ist zu glauben, Englisch sei eine einfache Sprache, denn es ist wie alle anderen Sprachen auch eine komplexe Angelegenheit. Wie kann ich das so in Bildungsprozesse einbetten, die gleichzeitig Austauschprozesse sind?

Deshalb schlage ich vor, dass wir vom Middle-East-Programm lernen. Sehen wir zu, dass wir von der Landesregierung Unterstützung für gemeinsame Forschungsprogramme und natürlich für wissenschaftliche Konferenzen bekommen, denn die sind nach meiner Erfahrung im nichttechnischen Bereich ganz wesentlich: Im Konferenzleben entwickelt sich mehr als nur wissenschaftliches Wissen, nämlich auch ein Gefühl für die differenten Kulturen, vor allem auch die differenten politischen Kulturen. Das ist für mich mit der Perspektive der Europäisierung verbunden.

Dr. Kai Sicks (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dezernat Internationales): Der Digitalisierungsschub, den die Universitäten durch die Coronapandemie machen, nivelliert die Superkritik ebenso wie die totale Euphorie über das Digitale und zeigt gut auf, was geht und wo die Grenzen liegen. Es geht jetzt darum, für ein halbes Jahr in einem besonderen Schub zu lernen, was man danach hoffentlich wieder ein bisschen ausgleichen können.

Die Chancen, die sich daraus ergeben, dass man nicht mehr für jede Kommunikation eine lange Reise antreten muss, sind enorm. Noch vor acht Wochen habe ich meiner Hochschulleitung mühsam erklären müssen, wie man ein Videokonferenztool benutzt und dass das vielleicht eine Alternative sein könnte, anstatt nach Australien zu reisen, um sich dort für eine Stunde mit jemandem zu treffen. Acht Wochen später sitzen alle Hochschulleitungen nur noch in Videokonferenzen; das ist mit Blick auf die nachhaltige Ausgestaltung internationaler Beziehungen sicherlich ein ganz großer Gewinn.

Auf der anderen Seite stimme ich Herrn Sünker natürlich völlig zu: Wir sehen auch, dass das Persönliche nicht zu ersetzen ist. Gerade im internationalen Austausch darf man das überhaupt nicht unterschätzen. Videokonferenzen bringen sehr hohe Effizienzgewinne: Man kommuniziert direkter, strukturierter und kommt schneller auf den Punkt. Das ist alles schön und gut, aber es geht eine Menge Zwischentöne und viel von den persönlichen Beziehungen verloren, die man aufbaut. Man darf nicht unterschätzen, welche Bedeutung diese persönlichen Beziehungen haben – Frau Diehr hat es auch schon gesagt –, wenn es darum geht, eine langfristige stabile internationale Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten.

Es gab viele Fragen zur strategischen Partnerschaft, die ich zu bündeln versuche. Die Idee besteht letztlich darin, die Profilbildung durch strategische Partnerschaften – so verstehe ich auch das Berliner Modell –, die von den Universitäten politisch verlangt werden und die die Universitäten auch selbst aktiv betreiben, weil es sie im Wettbewerb um Gelder besser positioniert, in einem internationalen Kontext zu betreiben. Deswegen kooperieren sie nicht mehr mit allen Universitäten auf der Welt ein bisschen, sondern suchen sich ausgewählte Partner, in die man die Energie investiert, weil es sich lohnt und die wissenschaftlichen Profile übereinstimmen.

Das kann meines Erachtens auf jeder Ebene funktionieren und ist nicht an eine bestimmte Größenordnung gebunden. Auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben sehr gute Möglichkeiten, sich strategische Partner mit einer sehr präzisen ähnlichen Ausrichtung zu suchen, um mit ihnen eine sehr intensive Kooperation zu betreiben.

Das funktioniert auch längst bei außereuropäischen Kooperationen, die viele Universitäten praktizieren, weil es mit vielen Ländern wie China, Japan, den USA und Australien keine klar formalisierten Rahmenabkommen gibt, wie Wissenschaftskommunikation funktionieren und finanziert werden kann. Deshalb sucht man sich schon seit vielen Jahren spezifische Partner heraus. Wir zum Beispiel machen sehr viel mit der Waseda University in Tokio sowie mit der University of Melbourne in Australien. Mindestens drei Viertel der nordrhein-westfälischen Universitäten unterhält solche herausgehobenen weltweiten Partnerschaften.

Zwar kann man symbolische Gewinne aus einer solchen Partnerschaft ziehen, wenn die Partneruniversität eine gewisse globale Reputation hat, mit der man sich schmücken kann. Es funktioniert aber nur, wenn daraus eine bestimmte Ressourcenallokation innerhalb der Einrichtung folgt.

Herr Reuter, in unserem Fall handelt es sich genau genommen nicht um ein historisches Instrument, denn als wirkliche strategische Partnerschaft haben wir das erst vor zwei Jahren etabliert, als wir Gelder dafür gewidmet haben, das zu entwickeln. Genau dasselbe hat Berlin mit Oxford gemacht, was ein elementarer Bestandteil des Exzellenzantrags der Berliner Allianz war wie bei uns auch. Wir nutzen das als Element der Profilbildung unserer Universität, schütten bestimmte Ressourcen allerdings nicht mehr mit der Gießkanne aus, sondern bündeln sie. Ich glaube, das ist sofort für jede Universität möglich.

Die ganz große Herausforderung besteht in Berlin genauso wie bei uns und überall: Alle Forscherinnen und Forscher sind international vernetzt, denn Forschung funktioniert in keinem Bereich ohne internationale Vernetzung. Forschung vernetzt sich aber erst einmal interessengetrieben, denn in jedem Forschungsbereich sitzen die Fachleute irgendwo auf der Welt; das muss nicht notwendigerweise in Oxford oder in St. Andrews sein. Die Verbindung zwischen diesem Bottom-up-Prinzip und dem Top-down-Ansatz zu schaffen, der die Auswahl einer strategischen Partnerschaft letztlich natürlich immer ist, ist die ganz große Herausforderung.

Herr Buchan, Sie haben am Anfang gesagt, dass es ein reiner Bottom-up-Prozess ist. Wenn ich das so sagen darf: Das ist es natürlich nicht, denn die Hochschulleitungen von Oxford und Berlin haben am Anfang universitätsstrategisch ein Gesamtabkommen zwischen den Universitäten beschlossen, woraufhin sehr viel Anreizgeld investiert worden ist, um Forschern die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln. Genau dasselbe machen wir mit St. Andrews, was der Kern einer solchen strategischen Partnerschaft ist.

Hochschulleitungen sind in meinen Augen immer schon für den Bereich Internationales hoch motiviert gewesen, denn auch sie sind Wissenschaftler mit einer wissenschaftlichen Karriere. Die Hochschulleitungen, die ich kennengelernt habe, hatten immer ein sehr starkes Eigeninteresse daran, internationale Kooperationen zu befördern. Insofern sehe ich keinen Handlungsbedarf.

Ich möchte noch auf die asymmetrischen Beziehungen eingehen. Die Asymmetrie besteht nicht nur zwischen Deutschland und Großbritannien, sondern vereinfacht gesagt zwischen West und Ost. Die Universitäten bestimmter industrialisierter Länder sind natürlich grundsätzlich interessanter für die Studierenden. Damit müssen wir umgehen.

Ich würde nur bis zu einem gewissen Grad empfehlen, dass das Land selbst ein Instrument einrichten würde. In meiner Stellungnahme habe ich geschrieben, dass ein Studierender einer britischen oder einer amerikanischen Universität in der Regel seine Studiengebühren dort weiter zahlen muss, wenn er in Deutschland ein Austauschjahr macht. Das senkt natürlich die Attraktivität, ins Ausland zu gehen, erheblich, heißt aber auch, dass wir mit den Austauschplätzen letztlich diese Systeme mitfinanzieren. Das kann man zu einem gewissen Grad nachvollziehen, weil die deutschen Studierenden große Vorzüge haben, aber reine unilaterale Programme ganz ohne eine partnerschaftliche Beteiligung würde ich nicht auflegen.

Zur Schweiz als Vorbild. Die Schweiz hatte seinerzeit die ihr von der EU gestellten Bedingungen, um Erasmus-Programmland zu werden, nicht akzeptiert. Aufgrund des starken internen Drucks hat sie dann aber ein Quasi-Erasmus-Programm aufgelegt, das in vielerlei Hinsicht das Erasmus-Programm nachgebildet hat. Es wird sowohl für die Studierenden, die in die Schweiz kommen, als für diejenigen, die die Schweiz verlassen, komplett in der Schweiz administriert. Das ist ein sehr hohes finanzielles Commitment, sodass durchaus gefragt wird, ob die Schweiz nicht billiger gefahren wäre, wenn sie die EU-Bedingungen akzeptiert hätte, wobei es nicht nur um Finanzfragen ging.

Würde man dieses Modell zum Vorbild nehmen, müsste Großbritannien selbst eine analoge Struktur aufbauen, was ich nicht glaube. Zudem denke ich, dass wir in Deutschland wenig Möglichkeiten haben, das zu beeinflussen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Damit kommen wir zur zweiten Runde. Professor Buchan hat sich leider komplett ausgeloggt.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Dr. Sicks, ich kann gut an das anschließen, was Sie zuletzt gesagt haben. Wenn ich es richtig verstehe, sind Programme wie Horizon Europe für die nächste Phase sehr strategisch institutionell aufgebaut und werfen einen starken Blick auf die gemeinsame Forschung und gemeinsame Forschungsprojekte. Das ist etwas anderes als eine strategische Partnerschaft, die man neu aufbauen müsste.

Sie haben eigentlich alle die Befürchtung geäußert, dass durch einen harten Brexit Strukturen wegfallen, die man nicht ohne Weiteres ersetzen kann. Welche Unterstützung des Landes würden Sie sich in dieser Beziehung wünschen? Oder hielten Sie eine Unterstützung des Landes möglicherweise sogar für schwierig, weil es damit in die Entscheidungen der Universitäten hineinregieren würde, was Sie möglicherweise gar nicht wollen?

Dr. René Repasi (Sachverständiger EK II) trägt auf Englisch vor.

Dr. Ralf Mittelstädt (Sachverständiger EK II): Professor Sünker schilderte sehr deutlich, dass wissenschaftliche Kooperationen letztlich zur Generierung wirtschaftlichen Gewinns und wirtschaftlicher Leistung führen können, weshalb die Wirtschaft so etwas ja auch anstrebt. Sie hatten das Middle-East-Programm angesprochen, das man auch auf NRW beziehen könnte. Könnten Sie schon konkrete Ideen in diese Richtung skizzieren?

Herr Dr. Sicks, Sie haben auch über strategische Partnerschaften und in diesem Zusammenhang von Anreizgeld gesprochen. Man muss also schon ein Thema vorgeben und vielleicht einen finanziellen Rahmen setzen, damit das Interesse auf der anderen Seite überhaupt geweckt wird. Das bedeutet aber auch, dass mein Gegenüber einen gewissen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder wie auch immer gearteten Nutzen darstellen muss, wenn ich eine strategische Partnerschaft durch eine wissenschaftliche Kooperation eingehen möchte, was die Möglichkeiten ein wenig einschränkt, so dass ich gezielt auf die Partner zugehen muss. Gibt es bei der Suche Zielkorridore? In welche Dimension muss ich mir die Finanzierung vorstellen, die letztlich nicht über Horizon oder Erasmus laufen wird? Wenn ich die Partner überreden und überzeugen kann, machen sie gerne mit.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Damit kommen wir zur Antwortrunde.

Daniel Tetlow (University of Oxford) trägt auf Englisch vor.

Professor Alastair Buchan (University of Oxford) trägt auf Englisch vor.

Dr. Kai Sicks (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dezernat Internationales): Sie sprechen einen Kern der Problematik an. Die Differenzierung zwischen echter Finanzierung von Forschungsprojekten, die teilweise große Infrastrukturen brauchen und mehrjährig laufen, auf der einen Seite und den strategischen Partnerschaften auf der anderen Seite ist tatsächlich erforderlich. Die strategischen Partnerschaften bilden gewissermaßen den Rahmen, das Anreizmittel bzw. die Anbahnungsphase, um tatsächlich Gelder für eine große Forschungs Kooperation anzubahnen. Wenn diese Gelder nicht mehr offensichtlich sind wie beispielsweise durch das Forschungsrahmenprogramm, ist eine solche Anbahnungsinfrastruktur umso wichtiger.

Es ist aber völlig klar, dass eine strategische Partnerschaft nicht völlig finanziell ausgestattet sein wird. Das ist auch in Berlin nicht der Fall, denn dort hat man vielleicht 1 Million Euro aus der Exzellenzstrategie investiert, die man auf 40 bis 60 Professuren und deren Teams verteilt, die gemeinsame Projekte entwickeln, um damit Drittmittel einzuwerben. Ich habe keine Antwort auf die Frage, welche breite Perspektive an Möglichkeiten es gibt, solche Drittmittel einzuwerben, wenn die EU-Förderungen wegfallen, denn 85 % der Drittmittel, die Sie für solche internationalen Projekte bekommen können, stammen daher.

Es ist schön, dass die Einstein Stiftung vielleicht etwas Geld gibt und möglicherweise auch Gelder aus der Industrie kommen, die für viele Bereiche allerdings auch gar nicht infrage kommt. Wenn man aber ganz ehrlich ist, muss man sagen: Das wird äußerst schwer.

Es gibt den sehr angestregten Versuch, die Rahmenbedingungen für die Zukunft möglichst gut aufzustellen, damit solche Projekte überhaupt noch Geld einwerben und in einer exzellenten Weise vorbereitet werden können, um in den verbliebenen höchst kompetitiven Verfahren bestehen zu können. Das ist die Idee der strategischen Partnerschaften. Es gibt aber nicht mehr viele Töpfe, um solche Forschungsprojekte langfristig zu fördern.

Was kann das Land tun? – Diese Infrastrukturen mit zu begründen, ist etwas wert, denn das schafft gute Wettbewerbsbedingungen für die nordrhein-westfälischen Universitäten. Deshalb lautet mein Plädoyer durchaus, in konzentrierte strategische Partnerschaften zu investieren.

Natürlich kann ich aus Sicht der Universitäten landeseigene Forschungsgelder begrüßen, um langfristige Forschungsprojekte zu unterstützen, denn natürlich wollen die Universitäten Geld dafür haben. Aus einer breiten Perspektive betrachtet, die versucht, dem gesamten System gerecht zu werden, kann ich mir auch angesichts der Zeiten, die möglicherweise haushaltsmäßig auf uns zukommen, nicht vorstellen, dass das Land wirklich eine Struktur schaffen kann, in der Forschung breit finanziert und unterstützt werden kann, wenn es auch schön wäre.

Das müsste nämlich sehr stark fokussiert sein: Man müsste sich einen sehr speziellen Bereich aussuchen, in dem das Land diese Kooperationen auf Forschungsebene

nachhaltig unterstützen würde. Er könnte thematisch ausgerichtet sein, aber auch die Zusammenarbeit von Doktoranden sowie von ausgewählten Graduiertenzentren meinen. Das Land braucht jedenfalls einen ganz klaren Fokus darauf, was es unterstützen möchte. Ein breites Instrument in Konkurrenz zu dem, was Horizon bietet, wird meines Erachtens nicht funktionieren.

Prof. Dr. Heinz Sünker (Bergische Universität Wuppertal): Die Klage auf britischer Seite lesen Sie ganz klar in jeder Ausgabe von „Times Higher Education“. Nicht nur die Vice-Chancellor klagen über den Wegfall der gewaltigen EU-Forschungsmittel. Man kann hier auch eine andere politische Positionierung vertreten, die tatsächlich mit Austauschbeziehungen zu tun hat: angefangen von den Studierenden bis zu allen Gruppen, die an der Universität beteiligt sind. Man muss sich Gedanken über die politische Begründung einer Förderung wissenschaftlicher Zusammenarbeit und wissenschaftlicher Kooperationen von klein auf machen.

Eine Förderung nach dem Beispiel des Middle-East-Programms könnte so aussehen, dass Stipendiatin und Stipendiaten aus UK an nordrhein-westfälischen Universitäten kommen, deren Ressourcen sie nutzen. Das kann man unter widening participation und durch die Förderung von Berufsbildungsmaßnahmen stützen, weil diese Studierenden Multiplikatoren sind. Darüber hinaus bringen sie hinterher eine bestimmte Bildungsqualität nach England zurück und sind nützlich, was sich dort auf unterschiedlichen Ebenen ereignet: von Ausbildung bis hin zum politischen Bewusstsein in Bezug auf die Europäisierung.

Die entscheidende Frage lautet in der Tat, woher die Mittel in Zukunft kommen. Diese Frage hat sich aber immer gestellt. Dabei geht es um Gesellschaftspolitik. Man muss eine Entscheidung treffen, und zwar unabhängig davon, wer die Regierung führt; darum kommt man nicht herum.

Ich halte die Chancen allerdings jetzt für besser als zuvor – anders als die Pessimisten, die meinen, dass es nach der Coronakrise nur noch schlimmer wird. Es gibt tatsächlich die Möglichkeit, gesellschaftspolitisch innovativ zu sein. Mit den jungen Leuten anzufangen und dann bei den großen milliardenschweren Töpfen der EU für die Forschung zu landen, scheint mir richtiger zu sein, weil ich auch da auf das Bottom-up-Prinzip vertraue.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. Damit sind wir am Ende der öffentlichen Anhörung. Ich danke Ihnen allen für Ihre schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen und dass Sie Ihr Wissen mit uns geteilt haben. Kommen Sie gut nach Hause.

Wir unterbrechen nun die Sitzung und fahren um 16:10 Uhr mit dem nichtöffentlichen Teil fort.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

Anlage

02.06.2020/05.06.2020

51

Anhörung von Sachverständigen

Enquetekommission II

„Stärkung zivilgesellschaftlicher und institutioneller Kooperationen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland“Dienstag, dem 12. Mai 2020
14.00 bis 16.00 Uhr, Raum E 3 A 02**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Herr Dr. Kai Sicks Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Dezernat Internationales Bonn	Dr. Kai Sicks	17/2595
Herr Professor Dr. Heinz Süner Bergische Universität Wuppertal Wuppertal	Professor Dr. Heinz Süner Professorin Dr. Bärbel Diehr	17/2586
Herr Professor Alastair Buchan Professor of Stroke Medicine University of Oxford Oxford	Professor Alastair Buchan Daniel Tetlow (per Videostream)	17/2652

WEITERE STELLUNGNAHMEN

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	17/2596
Regionalverband Ruhr	17/2613

ABSAGEN VON EINGELADENEN EXPERTEN

Herr Professor Dr. Steffen Huck Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Berlin	---
--	-----

